

LAND TAGS KURIER



Seite 7:
Sachsens Europapolitik
in Zeiten wegweisender
Entscheidungen



Seite 12:
Vor 25 Jahren wurde die
Sächsische Verfassung
beschlossen



Seite 20:
Landtagspräsidium zu
Gesprächen beim Grossen
Rat des Kantons Bern

Ausgabe
4.17



Sächsischer Landtag



Foto: S. Giersch

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

Sachsen ist in guter Verfassung, denn Sachsen hat eine gute Verfassung. Das kam jüngst bei dem Festakt anlässlich des 25. Jahrestags unserer Sächsischen Verfassung zum Ausdruck. Am 26. Mai 1992 vom Landtag mit großer Mehrheit beschlossen, steht unsere Verfassung für einen demokratischen Aufbruch in der friedlichen Revolution 1989 sowie für ein freiheitliches und rechtsstaatliches Staatsverständnis, wie es das nie zuvor in unserer Landesgeschichte gab. Sie sichert Grund- und Bürgerrechte, Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen und Verfahren, setzt zugleich aber Schranken, etwa indem sie keine Freiheit zur Beseitigung der Freiheit bietet. Mit ihren spezifischen Pflichten und Staatszielen enthält sie zudem Leitlinien für nachhaltige und soziale Politik in Sachsen.

Die Verfassung ist das integrative Moment unserer Demokratie. Darauf habe ich bei dem Festakt hingewiesen und zu ihrem verantwortlichen Gebrauch aufgerufen. Denn uns allen obliegt es, aus der geschriebenen eine gelebte Verfassung zu machen. Das gelingt dann am besten, wenn wir unser Gemeinwesen gemäß ihren Ideen gestalten, ihre Regeln einhalten und ihre Werte hochhalten.

Nicht nur Ideen, die seit Jahrhunderten die abendländische Verfassungstradition prägen, finden sich in der Sächsischen Verfassung wieder, auch christlichen Werten ist sie verpflichtet – Gerechtigkeit, Frieden, Bewahrung der Schöpfung. Sie sind aktueller denn je. Um das Kennen und Leben christlicher Werte in unserer Zeit drehte sich deshalb auch eine Aktuelle Debatte im Sächsischen Landtag, die ganz im Zeichen des 500. Reformationsjubiläums stand.

Für Politiker heißt der verantwortliche Gebrauch der Verfassung vor allem, verantwortlich mit der Verfassung selbst umzugehen und politische Herausforderungen anzugehen. Der Landtag hat beides in seinen letzten Sitzungen getan. So widmeten sich die Abgeordneten im Plenum der sozialen Absicherung von Selbstständigen ebenso, wie sie die sächsische Solarindustrie zum Gegenstand der Debatte machten. Vor allem aber bewiesen sie mit der Wahl der Mitglieder des Verfassungsgerichtshofes, welche höchste Bedeutung der Landtag der zentralen Schutzinstanz unserer Verfassung und damit der Verfassung selbst beimisst.

Matthias Röbler

Dr. Matthias Röbler
Präsident des Sächsischen Landtags

PLENUM

54. Sitzung des Sächsischen Landtags
Dem Volk aufs Maul schauen
CDU und SPD: Luther heute –
Kennen und Leben christlicher Werte in unserer Zeit?..... 4

54. Sitzung des Sächsischen Landtags
Soziale Gerechtigkeit im Osten
DIE LINKE: Wie steht es um die Absicherung
von Selbstständigen in Sachsen?..... 6

55. Sitzung des Sächsischen Landtags
Unser Herz schlägt für Europa
CDU und SPD: Sächsische Europapolitik in
Zeiten wegweisender Entscheidungen 7

Hintergrundinformation
zur sächsischen Europapolitik 9

55. Sitzung des Sächsischen Landtags
Solarindustrie – in Freiberg vor dem Absturz?
GRÜNE: Jetzt Kompetenzen für Sachsens Zukunft sichern 10

AKTUELLES

»Unsere freiheitliche Verfassung mit Leben erfüllen«
Feierstunde zum 25. Jubiläum der
Sächsischen Verfassung am 10. Mai 2017 in Dresden 12

SONDERTHEMA

**Verfassungsänderungen in Sachsen –
nur auf den ersten Blick ein Sonderfall** 14

JUGEND

Politik und Debatte wollen gelernt sein
Jugendliche üben im Sächsischen Landtag
das parlamentarische Handwerk 18

AKTUELLES

In Freundschaft verbunden
Der Grosse Rat des Kantons Bern
und der Sächsische Landtag 20

GESCHICHTE

»Mit Schriften und mit Zungen
den Wagen aus dem Dreck zu ziehn«
Eine Fraktionsfeier im Jahre 1926 22

SERVICE

Weitere Informationen 24

Titelfoto: S. Giersch



500 Jahre Reformation Soziale Gerechtigkeit Sächsische Europapolitik

// Unter dem Thema »Dem Volk aufs Maul schauen« wurde in der Aktuellen Stunde der 54. Sitzung des Landtags am 17. Mai 2017 über christliche Werte in unserer Zeit diskutiert. Außerdem debattierten die Abgeordneten über die soziale Absicherung von Selbstständigen in Sachsen. In der 55. Sitzung am 18. Mai 2017 stand die sächsische Europapolitik anlässlich der Europawoche auf der Tagesordnung. Und es wurde eine Aktuelle Debatte zur Krise der hiesigen Solarindustrie abgehalten. //

Foto: S. Giersch



PLENUM

Uwe Nösner

Fotos: S. Giersch

Dem Volk aufs Maul

CDU und SPD: Luther heute – Kennen und Leben christlicher Werte in unserer Zeit?

// Der erste Beitrag zur Aktuellen Stunde der 54. Sitzung des Landtags am 17. Mai 2017 befasste sich vor dem Hintergrund des Luther- bzw. Reformationsjubiläums mit dem Kennen und Leben christlicher Werte in unserer Zeit. CDU und SPD stellten sie unter dem Thema »Dem Volk aufs Maul schauen« und nahmen damit einen Anspruch des Reformators und Bibelübersetzers auf. //

Politiker, so Martin Modschiedler, CDU, sollten nicht über den Bürger, sondern mit den Bürgern reden, ihnen zuhören, sich informieren und aus dem, was sie sagten, Schlüsse für das politische Handeln ziehen. Sie sollten dem Volk aber nicht einfach nach dem Munde reden und durch populistische Forderungen immer wieder ohne jeden Grund Ängste schüren und Feindbilder pflegen. Das sei ein Irrweg. Politiker müssten stattdessen innerhalb des politischen

Gemeinwesens Zusammenhalt fördern und den demokratischen Staat mit seinen Freiheits- und Mitbestimmungsrechten wieder mehr in den Vordergrund stellen. Das seien die in der christlichen Tradition stehenden Grundpfeiler der Gesellschaft. Luther und die Reformation seien ein willkommener Anlass, sich auf diese christlichen Traditionen und Werte zu besinnen. Glaube und Politik stünden nicht isoliert voneinander.

Gegen Populisten

Nach Auffassung von Iris Raether-Lordieck, SPD, hätten Luthers Gedanken die mittelalterliche Kirche in ihren Grundfesten erschüttert. Dieser Aufbruch habe die Reformation und damit den Übergang vom Mittelalter zur Neuzeit ausgelöst, die Gestalt der Kirche erneuert und die deutsche Kultur in den Wurzeln geprägt. Sie schlug einen Bogen zum Thema Freiheit und verwies auf die Rolle der Kirche während der friedlichen Revolution. Kirche habe Orientierung gegeben. Heute würden wiederum zeitgemäße Orientierungsmodelle gebraucht. Die Menschen seien anfällig für Populisten, die vorgäben, dem Volk aufs Maul zu schauen, sie aber für ihre Zwecke instrumen-

talisierten. Hanka Kliese, ebenfalls SPD, plädierte in diesem Zusammenhang nachdrücklich für eine bessere Debattenkultur. Es gehe um eine Kultur der Gegengrede, die den Gegner achte, aber eine klare Haltung beziehe und nicht aus Angst vor Populisten selbst populistisch werde.

Historische Leistung

Toleranz und Menschenrecht, so René Jalaß, DIE LINKE, hätten in der Geschichte zuerst und sehr häufig vor allem gegen das Christentum erkämpft und verteidigt werden müssen. Er brauche keinen religiösen Unterbau für Frieden und Solidarität, weder Kreuze in Klassenzimmern noch Konfession bei Sozialeinrichtungen oder Jugendhilfeträ-



// Martin Modschiedler

// Iris Raether-Lordieck

// René Jalaß

// Dr. Kirsten Muster

// Franziska Schubert

Neues Menschenbild

gern. Das sage er als Sozialarbeiter bei aller Achtung vor der historischen Leistung der Kirche im Sozialbereich. Es genüge vollkommen, ein säkulares Werteprofil mit einer praktischen Vernunft zu verbinden. Seine Fraktionskollegin Sarah Buddeberg räumte die Wichtigkeit einer Debatte um humanistische Werte ein, stellte aber die Untermauerung der politischen Diskussion mit dem Wort Gottes infrage.

Dr. Kirsten Muster, AfD, bezeichnete Luthers Menschenbild als neu. Es habe darin keine Rangordnung und keine Gesellschaftsschichten mehr gegeben. Luther habe eine Bildungsoffensive gestartet. Alle Menschen sollten lesen lernen. Sie frage sich, was er wohl zum neuen Sächsischen Schulgesetz und seinem langen Entstehungsprozess

sagen würde, in dem die Kultusministerin Lehrer und Eltern aufgefordert habe, Gesetzesänderungen vorzuschlagen, die 660 Änderungswünsche jedoch nicht umgesetzt habe. Was hätte Luther zur inneren Sicherheit und der rapide angestiegenen Kriminalität im CDU-regierten Sachsen gesagt? Auf jeden Fall, so die Politikerin, hätte er den Ministerpräsidenten ermahnt, ein guter Fürst zu sein, und Ergebnisse eingefordert.

von Martin Luther verstanden. Das spottete den realsozialistischen Auswüchsen, die heutzutage unter anderem in der Gedenkstätte Bautzen II nachzuvollziehen seien. So habe jede Zeit ihren eigenen Luther auf den Sockel gestellt. Sie halte es übrigens für bedenklich, wenn es sich Politik im säkularen Staat zur Aufgabe mache, christliche Werte zu postulieren. Staatsreligionen neigten dazu, politisch instrumentalisiert zu werden.

Frage der Interpretation

Franziska Schubert, GRÜNE, erinnerte daran, dass Luther in Bezug auf die Gegenwart im Laufe der Geschichte immer wieder anders interpretiert worden sei, wenn man zum Beispiel an die Zeiten des Wilhelminismus oder des Nationalsozialismus denke. Erich Honecker habe den Sozialismus als Vorsitzender des Martin-Luther-Komitees der DDR als die Vollendung des humanistischen Vermächtnisses

Bekenntnis zu Grundwerten

Der heutige Wertekanon, so Brunhild Kurth, Staatsministerin für Kultus, abschließend, lasse sich aus den antiken Kardinaltugenden wie Gerechtigkeit, Tapferkeit, Klugheit und Mäßigung und aus der christlichen Botschaft Glaube, Liebe und Hoffnung ableiten. Die Sächsische Verfassung enthalte im Artikel 101 ein ganz klares Bekenntnis zu den Grundwerten und Erziehungszielen. Auch im neuen Sächsischen Schulgesetz sei ein ganz klarer Bildungs- und Erziehungsauftrag formuliert. Für sie, so die Ministerin, sei Bildung untrennbar mit christlichen Werten verbunden. Aber auch für die politische und gesellschaftliche Debatte sei ein Kennen und Leben christlicher Werte in unserer Zeit der richtige Kompass.

schauen



Die Sächsische Verfassung enthält im Artikel 101 ein ganz klares Bekenntnis zu den Grundwerten und Erziehungszielen.

// Brunhild Kurth

54. Sitzung des Sächsischen Landtags



www.landtag.sachsen.de



54. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch



55. Sitzung des Sächsischen Landtags

Foto: S. Giersch

Soziale Gerechtigkeit im Osten

DIE LINKE: Wie steht es um die Absicherung von Selbstständigen in Sachsen?

Uwe Nösner

// Die 2. Aktuelle Debatte zur 54. Sitzung am 17. Mai 2017 wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE auf die Tagesordnung gesetzt. Sie stand unter dem Titel »Soziale Gerechtigkeit im Osten – Wie steht es um die soziale Absicherung von Selbstständigen in Sachsen?«. //

Zugang erleichtern

Wie Louise Neuhaus-Wartenberg, DIE LINKE, feststellte, reife zunehmend die Erkenntnis, dass Selbstständigkeit und Armut häufig zusammenhängen. Sie erinnerte an den Beitrag des ARD-Magazins »Plusminus«, der am 3. Mai 2017 unter dem Titel »Selbstständig in Armut« gesendet worden sei. Die Krankenkassen beklagten steigende Beitragsschulden gerade bei den Selbstständigen. Deshalb fordere ihre Fraktion, die Höhe des Beitrags nach dem tatsächlichen Einkommen zu bemessen. Anschließend betonte Alexander Krauß, CDU, dass die Gesellschaft ohne die Selbstständigen als Leistungsträger nicht funktionieren würde. Trotzdem seien viele von ihnen im Alter auf die Grundsicherung angewiesen, weil keine Pflichtversicherung bestünde und keine Altersvorsorge getroffen worden sei. Heute sei es ein parteiübergreifender Konsens, dass für alle Selbstständigen eine verpflichtende Altersvorsorge gebraucht werde. Eine entsprechende Regelung müsse vom Bundestag umgesetzt werden.

Jörg Vieweg, SPD, ging ebenfalls auf die Risikoabsicherung ein. Selbstständige brauchten einen erleichterten Zugang zur sozialversicherungspflichtigen Krankenversicherung genauso wie zur Rentenversicherung und zur Arbeitslosenversicherung. Auch wenn die Herausforderungen gleichermaßen auf Ost und West zuträfen, müssten seitens des Landtags und der Staatsregierung insbesondere die sächsischen Interessen auf Bundesebene artikuliert werden. Dem hielt Karin Wilke, AfD, entgegen, dass es sich bei Selbstständigen um die auf eigenen Füßen stehenden Akteure des Wirtschaftslebens handle. Deren soziale Absicherung sei also nicht Sache der Politik. Sie liege in deren eigener Verantwortung. Dort sollte sie auch bleiben. In der Realität allerdings habe jeder zweite Kleinunternehmer keine ausreichende Alterssicherung. Auch wenn dies Risiken berge, halte sie eine von der Bundesregierung geplante Zwangsversicherung nicht für den richtigen Weg.

Systeme überholt

Volkmar Zschocke, GRÜNE, gab zu bedenken, dass die Sicherungssysteme längst nicht mehr zu der gewandelten Arbeitswelt und den neuen Erwerbsbiografien passten. Bei der Krankenversicherung zeige sich am deutlichsten, wie das überkommene Verständnis von Selbstständigkeit den Gesundheitsschutz bedrohen und zu unangemessen hohen Beiträgen führen könne. Kleinen Selbstständigen werde ein Mindesteinkommen unterstellt, welches sie gar nicht erzielten. Abschließend bezeichnete Martin Dulig, Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, die Frage der sozialen Gerechtigkeit und Absicherung auch für Selbstständige als eine gesamtpolitische und gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die sich nicht in Ost und West unterteilen lasse. Das Problem der Altersarmut könne auf dem Wege zu einer Solidarrente gelöst werden. Diese Solidarrente müsse für abhängig Beschäftigte genauso gelten wie für Selbstständige, wenn sie ihr Leben lang gearbeitet hätten.

Unser Herz schlägt für Europa

Uwe Nösner

CDU und SPD: Sächsische Europapolitik in Zeiten wegweisender Entscheidungen

Wenn er an Europa denke, so Marko Schiemann, CDU, dann vermisse er die Leidenschaft in der Debatte. Gehe es doch heute um nichts Geringeres als um die Zukunft aller Europäer. Die Europäische Union sei Garant für Frieden. Freiheit und Demokratie seien nur durch Sicherheit und mehr Gerechtigkeit in ganz Europa zu garantieren. Die Europäische Union müsse Antworten auf die brennenden Fragen der Bürger finden. Nach Ansicht Schiemanns beginne Europa mit guter Nachbarschaft. Die Partnerschaft mit der Tschechischen Republik und der Republik Polen müsse gepflegt

und ausgebaut werden. Unsere Länder seien in Geschichte und Kultur eng miteinander verbunden. Der Freistaat Sachsen müsse außerdem stärker als Mittler für die Staaten der Visegrád-Gruppe auftreten, zu denen auch die Slowakei und Ungarn zählten.

Soziale Schieflage

Harald Baumann-Hasske, SPD, sah die EU und ihre Rechtsordnung stärker bedroht denn je. Wenn in Polen die Unabhängigkeit der Justiz infrage stehe und die Pressefreiheit beschränkt

// In der 55. Sitzung am 18. Mai 2017 diskutierten die Abgeordneten auf Antrag der Fraktionen CDU und SPD über Europa. Die Aktuelle Debatte stand unter dem Titel »Unser Herz schlägt für Europa – sächsische Europapolitik in Zeiten wegweisender Entscheidungen«. Anlass war die Europawoche und der EU-Projekttag an den Schulen am 22. Mai 2017 in ganz Deutschland. Lesen Sie auch die Hintergrundinformation auf Seite 9. //

werde, dann sei das mit der Grundrechte-Charta, die Polen unterzeichnet habe, nicht vereinbar. Wenn Polen, Ungarn und die Slowakei sich weigerten, Flüchtlinge aufzunehmen, dann stehe dies im Widerspruch sowohl zu Artikel 18 der Grundrechte-Charta als auch zu deren

eigenen Verfassungen. Derartige Missachtungen des Rechts könnten auf Dauer nicht hingenommen werden. An den Lösungen der Probleme müssten auch diejenigen mitwirken, die sich vom EU-Beitritt lediglich Fördermittel versprochen hätten. Europa sei aber noch



// Marko Schiemann

// Harald Baumann-Hasske

// Enrico Stange

// André Barth

// Dr. Claudia Maicher

zusätzlich bedroht durch eine soziale Schieflage, die aus einer mangelnden oder ungleichen Wirtschaftsleistung der Mitgliedsstaaten resultiere. Das sei für die betroffenen Staaten verheerend und bereite Rechtspopulisten das Feld.

Für breitere Mitsprache

Enrico Stange, DIE LINKE, vertrat die Auffassung, dass in Sachsen ein über den Landtag hinausgehender Diskussionsprozess über Europa gebraucht werde. Er müsse mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit den Verbänden auf kommunaler Ebene geführt werden, um eine Willens- und Meinungsbildung und einen öffentlichen politischen Dialog über die weitere Gestaltung Europas herbeizuführen. Das Misstrauen gegenüber der EU resultiere aus dem Gefühl mangelnder Beteiligung und Mitsprache, wenn es um europapolitische Entscheidungen und deren Umsetzung gehe. Es gelte sich in allen Fragen zu positionieren, die die sächsische Bevölkerung aus der regionalen Perspektive heraus mit Blick auf Europa tatsächlich bewegen. Um diesen Prozess zu initiieren, schlage er Europa-Foren vor, um seitens des Landtags

Fotos: R. Deutscher

und der Regierung mit den Bürgerinnen und Bürgern über die sächsische Europapolitik ins Gespräch zu kommen.

Europa der Vaterländer

Auch das Herz seiner Fraktion, so André Barth, AfD, schlage für Europa, aber für ein Europa der Vaterländer. Die von CDU und SPD forcierte Entwicklung zu einem zentralistischen EU-Superstaat, verbunden mit einer Aushöhung nationaler Rechte und einer gemeinsamen Haftungs- und Schuldenunion, sei zum Scheitern verurteilt. Der Euro habe sich als gefährliche Fehlkonstruktion erwiesen, der die wirtschaftlich schwachen Länder Südeuropas in Verarmung und Arbeitslosigkeit stürze und den deutschen Steuerzahlern und Sparern immer neue Lasten aufbürde. Es sei fragwürdig, wenn Sachsen in Brüssel nach Fördergeldern betteln müsse, da Deutschland als größter EU-Nettozahler bereits viele Milliarden an dieses Bürokratiemonster überweise. Zudem sei die EU durch den Wegfall der Ländergrenzen bei einer gleichzeitig ungesicherten Außen- grenze für das europäische Asylchaos verantwortlich.



Die europäische Idee braucht aber auch gegenwärtig ein hohes Maß an Empathie.

// Dr. Fritz Jaeckel

55. Sitzung des Sächsischen Landtags

Zukunft Europa

Europa, so Dr. Claudia Maicher, GRÜNE, sei unsere Zukunft. Denn im Vergleich zu anderen Kontinenten und Regionen habe Europa den Mehrwert von enger Zusammenarbeit verstanden und in den letzten Jahrzehnten deutlich gespürt. Sie sei fest davon überzeugt, dass eine Mehrheit in Europa dies genauso sehe. Fast 80 Prozent der Deutschen wollten eine stärkere Zusammenarbeit auf bestimmten Politikfeldern. Das reiche vom Kampf gegen den Klimawandel bis hin zum Schutz der Pressefreiheit. Die europäischen Erregenschaften müssten vor Demagogen, Europafeinden und Nationalisten geschützt werden. Ihnen müsse der politische Einsatz für die Stärkung der europäischen Demokratie und mehr Mitwirkungsrechte für die Bürgerinnen und Bürger an europäischen Entscheidungen entgegengestellt werden.

Europa als Einheit

Abschließend erinnerte Dr. Fritz Jaeckel, Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten, daran, dass im März dieses Jahres das 60-jährige Jubiläum der Römischen Verträge gefeiert und die Wertegemeinschaft der EU auch im Landtag behandelt worden sei. Damals sei ein Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts geschaffen worden. Die europäische Idee brauche aber auch gegenwärtig ein hohes Maß an Empathie. Diese Empathie müsse alle Regionen Europas und alle Bevölkerungsgruppen umfassen. Das gelte insbesondere für die Jugendlichen, die im Süden unserer europäischen Regionen unter hoher Arbeitslosigkeit litten und wo die EU mit Maßnahmen und Programmen Hilfe leiste. Er halte es für ebenso wichtig, heute dafür zu sorgen, dass die Menschen Europa tatsächlich als Einheit empfinden könnten: mit seinen Regionen und Hauptstädten, seinen Menschen und seiner Kultur. Dann sei ihm um Europa nicht bange.



Hintergrundinformation zur sächsischen Europapolitik

Foto: S. Giersch

55. Sitzung des Sächsischen Landtags

// Sachsen und seine Bürger sind von vielen Entscheidungen über die Weiterentwicklung der EU betroffen. Auch die Reformen einzelner Politikbereiche wie der Agrarpolitik oder der Regional- und Strukturpolitik haben spürbare Auswirkungen auf Sachsen. Deshalb ist es für den Freistaat wichtig, seiner Stimme im Diskussionsprozess um anstehende Reformen Gehör zu verschaffen und frühzeitig auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen. //

Der Freistaat setzt Schwerpunkte in seiner Europapolitik, wobei Sachsen gemeinsam mit anderen europäischen Regionen die regionale Ebene in der EU stärken will. Europa lebt von kultureller Vielfalt und vom Wettbewerb der Regionen. Eine starke Stellung der Regionen ist ein Garant für Bürgernähe und eine wichtige Voraussetzung für die Akzeptanz der EU.

Schwerpunktt Themen

Forschung, Entwicklung und Innovation

- Erhaltung und Stärkung des Forschungs-, Entwicklungs- und Innovationsstandortes Sachsen in Europa
- Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Sachsen im globalen Wettbewerb und Entwicklung Sachsens zu einer in Wissenschaft und Wirtschaft führenden europäischen Region

Ausbau der digitalen Infrastrukturen und des digitalen Marktes

- Im Einklang mit den strategischen Zielen von »Sachsen Digital« Unterstützung der EU-Initiativen für einen digitalen Binnenmarkt für Europa

- Unterstützung der Bundesregierung bei der Weiterentwicklung der im Juni 2015 durch die Europäische Kommission genehmigten Rahmenregelungen des Bundes zur Förderung des Ausbaus von Hochgeschwindigkeitsbreitbandnetzen

EU-Förderung nach 2020

- Vorbereitung und Einwerbung einer bestmöglichen Mittelausstattung insbesondere der Europäischen Investitions- und Strukturfonds für Sachsen für den Förderzeitraum
- Ausrichtung der Strukturfondsförderung auf nachhaltige und besonders wirksame Bereiche und Projekte, die den dann relevanten Entwicklungsbedarfen für Sachsen entsprechen

EU-Migrationspolitik und Sicherung des Fachkräftebedarfs

- Gesteuerte Zuwanderung (europäische Strategie erforderlich)
- Nachhaltige Sicherung des Fachkräftebedarfs

Energie, Umwelt und Verkehr

- Einsatz für die Erhaltung der heimischen Braunkohle als Energieträger und als Rohstoff für die (chemische) Industrie
- Fortsetzung der Bemühungen um die Verbesserung der Luftqualität

Um die Ziele der sächsischen Europapolitik zu erreichen, kann der Freistaat verschiedene Wege nutzen: über den Bundesrat, die Europaministerkonferenz, die sächsischen Abgeordneten im EU-Parlament, den Ausschuss der Regionen und das Verbindungsbüro des Freistaates Sachsen in Brüssel.



PLENUM

// Nach dem Insolvenzantrag des Solarherstellers SolarWorld am 12. Mai 2017 beantragte die Fraktion GRÜNE eine Aktuelle Debatte. Sie stand unter dem Titel »Solarindustrie: weltweit im Steigflug, in Freiberg vor dem Absturz?« am 18. Mai 2017 auf der Tagesordnung der 55. Sitzung des Sächsischen Landtags. Am Produktionsstandort Freiberg – wo vorerst weiter produziert wird – sind rund 1200 Mitarbeiter beschäftigt. //

Foto: S. Giersch

55. Sitzung des Sächsischen Landtags

Solarindustrie – in Freiberg vor dem Absturz?

Uwe Nösner

GRÜNE: Jetzt Kompetenzen für Sachsens Zukunft sichern

Bereits vor Monaten, so Dr. Gerd Lippold, GRÜNE, hätten die Krisenzeichen bei SolarWorld deutlich an der Wand gestanden. Spätestens dann wäre für den Wirtschaftsminister der richtige Zeitpunkt gewesen, sich in Diskussionen mit dem Management, mit Eigentümern und Partnern über Risiken und Chancen informieren zu lassen. Auf diese Weise wäre nicht wie jetzt ein Autopsiebericht anzufordern gewesen, sondern man hätte sich um eine Diagnose kümmern können, solange der Patient noch lebe. Der Freistaat, so Lars Rohwer, CDU, habe jetzt die Aufgabe, den Insolvenzverwalter, der schon mehrere Unternehmen erfolgreich aus der Insolvenz herausgeführt habe, zu begleiten. Das könne eine zielgerichtete Förderung mit Landesmitteln durchaus einschließen. Generell sei man allerdings gut beraten, die Kriterien des Marktes wirken zu lassen. Es müsse gelingen, mit den erneuerbaren Energien und der Produktion von Anlagen in diesem Bereich konkurrenzfähig am Markt zu bestehen.

Alleinstellungsmerkmal

Der Hersteller SolarWorld, so Dr. Jana Pinka, DIE LINKE, sei ein Unternehmen, das die gesamte Wertschöpfungskette entlang der Modulproduktion bis zum Recycling, zur Forschung und zum Vertrieb in Freiberg ausführe. Das sei und bleibe ein Alleinstellungsmerkmal in Sachsen, wo ansonsten verlängerte Werkbänke vorherrschten. Daher müsse alles getan werden, diese Innovation in Freiberg zu erhalten. In erster Linie, so auch Henning Homann, SPD, gehe es jetzt um die persönliche Perspektive der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie deren Familien. Die Schuldfrage im Zusammenhang mit der Insolvenz sollte nicht im Mittelpunkt der Debatte stehen. Ziel müsse es sein, so viele Arbeitsplätze wie möglich in Freiberg zu erhalten. Es sei Aufgabe des Insolvenzverwalters, gemeinsam mit den betroffenen Beschäftigten einen Plan für die Zukunft des Unternehmens zu entwickeln.

Paradebeispiel

Nach Auffassung von Jörg Urban, AfD, stehe SolarWorld als Paradebeispiel für eine Branche, der es nur durch massive Subventionen gelungen sei, sich über Wasser zu halten. Fotovoltaik sei noch nie ein wirtschaftliches Produkt gewesen. Ohne die indirekte Finanzierung durch eine Umlage auf Basis des Erneuerbare-Energien-Gesetzes hätte es einen größeren Bedarf nach ihr nie gegeben. Nun platze mit der Insolvenz von SolarWorld eine der letzten großen Blasen der Sonnenstrom-Politik.

Abschließend warnte Wirtschaftsminister Martin Dulig vor politischem Aktionismus. Es dürfe keine parteipolitische Profilierung auf dem Rücken der Beschäftigten geben. Er räumte ein, dass ihn der Insolvenzantrag kalt erwischte habe. Bis zuletzt seien Restrukturierungspläne begleitet worden. Allerdings könne Insolvenz auch eine Chance bilden. Jedenfalls werde der Freistaat Sachsen eine für die Zukunft tragfähige Lösung tatkräftig unterstützen.



AKTUELLES

Feierstunde 25 Jahre Sächsische Verfassung

// Anlässlich des 25. Jubiläums der Verabschiedung der Sächsischen Verfassung am 26. Mai 1992 lud Landtagspräsident Dr. Matthias Röblier am 10. Mai 2017 zu einer feierlichen Veranstaltung in den Plenarsaal des Sächsischen Landtags. //



// Festredner Prof. Dr. Arndt Uhle // Fotos: S. Giersch

Dr. Thomas Schubert

»Unsere freiheitliche

Feierstunde zum 25. Jubiläum der Sächsischen Verfassung am 10. Mai 2017 in Dresden

// Am 26. Mai 1992 verabschiedete der Sächsische Landtag als erstes der ostdeutschen Parlamente eine Landesverfassung. Über zwei Jahre intensiver Diskussionen und Beratungen lagen hinter den Abgeordneten, als sie mit einer Mehrheit von 87,4 Prozent das Verfassungswerk beschlossen. Der Landtag würdigte das 25. Jubiläum der Sächsischen Verfassung mit einer feierlichen Veranstaltung im Plenarsaal. //

In seiner Eröffnungsansprache erinnerte Sachsens Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler an das historische Datum, an dem der Sächsische Landtag als verfassungsgebende Versammlung das Fundament für »das Zusammenleben in einem der Demokratie und dem Recht verpflichteten Freistaat« beschloss. Viele Bürgerinnen und Bürger hätten an der Sächsischen Verfassung ihren Anteil, angefangen bei den Menschen, die 1989 gegen die DDR-Diktatur aufstanden, über jene, welche die Verfassung ausarbeiteten und in Kraft setzten, bis hin zu all denen, »die jeden Tag unsere Verfassung verantwortungsvoll leben«. Die Verfassung, so der Landtagspräsident, sei ein »integratives Moment der Demokratie«. Ihre Werte müssten von allen Bürgerinnen und Bürgern gelebt, ihre Freiheitsrechte klug gebraucht werden, sollte die Demokratie gelingen. In diesem Kontext wies er auf »die begrenzende Rolle der Verfassung« hin. Sie schütze nicht nur die Demokratie vor ungezügelter Herrschaft, sie Sorge auch dafür, dass Freiheitsrechte Schranken hätten

und stets mit anderen Grundrechten abzuwägen seien. So ende etwa die Meinungsfreiheit dort, »wo gegen Menschen gehetzt und aufgehetzt« werde. Denn mit Freiheiten sei es wie mit der Verfassung: Ihr Wert entstünde erst durch ihren verantwortungsvollen Gebrauch.

Verfassung als integratives Moment der Demokratie

Sebastian Gemkow, Staatsminister der Justiz, erinnerte an die »Zeit des Aufbruchs und des Neubeginns« 1989/90. Die damals geäußerten Werte und Ideen hätten die Sächsische Verfassung geprägt. Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte, Demokratie und die Möglichkeit,



»die neu gewonnene politische Freiheit zu nutzen, um auch soziale, kulturelle und ökologische Ziele zu verwirklichen«, dies alles mache die Sächsische Verfassung zu »etwas Besonderem«. Generationen von jungen Menschen im Osten Deutschlands und Europas konnten nicht die Grundrechte einer freiheitlichen Verfassung in Anspruch nehmen. Entsprechend bedeutsam sei es, den Nachgeborenen aufzuzeigen, dass Freiheit und Demokratie »immer wieder aufs Neue bewahrt und verteidigt werden« müssten.

Rechnung trügen. Im Falle der Sächsischen Verfassung von 1992 sei dies »geradezu beispielhaft« gegeben, hätten doch die Leitideen von Freiheit und Gleichheit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, von Menschenwürde, die in der friedlichen Revolution so wichtig gewesen seien, die Verfassungsgebung geprägt. Die Sächsische Verfassung atme zudem »den Geist europäischer Kultur- und Verfassungsgeschichte«. Der Verfassungsgeber habe diese Traditionslinien bewusst wieder aufgenommen, sie mit den gesellschaftlichen Grundüberzeugungen der Zeit verbunden und meisterhaft in ein »eigenständiges landesverfassungsrechtliches Profil« gewandelt.



// Dr. Matthias Rößler



// Sebastian Gemkow



// Birgit Munz

Verfassung mit Leben erfüllen«

Freiheit und Demokratie sind nicht selbstverständlich

Als »Ausweise der Eigenstaatlichkeit« bezeichnete Birgit Munz, die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes, die Landesverfassungen. Sie förderten »das Selbstverständnis und das Selbstbewusstsein der Menschen als Bürger ihres Landes«. Auch die Sächsische Verfassung habe sich »als solides Fundament für den Freistaat und das Zusammenleben seiner Bürger erwiesen«. Jedoch, gab Munz zu bedenken, existiere in Teilen der Bürgerschaft »ein grundsätzliches Misstrauen sowohl gegen den Staat und seine Institutionen als auch gegen den gesellschaftlichen Konsens von Freiheit und Pluralismus«. Nähmen solche Einstellungen überhand, gefährde dies die Demokratie. »Notwendiger denn je« sei es deshalb, »für die Werte dieser Verfassung und für ihre Akzeptanz bei den Menschen zu werben«.

Verfassung als sichtbare und erlebbare Verankerung vor Ort

Die Festrede hielt Prof. Dr. Arndt Uhle. Der Staatsrechtslehrer von der TU Dresden hatte seinen Vortrag mit »Entstehen und Gelingen einer freiheitlichen Verfassung« überschrieben. Freiheitliche Verfassungen entstünden nur, so Uhle, wenn sie »in den historisch gewachsenen Überzeugungen einer Gesellschaft« gründeten und den »mehrheitlich geteilten Anschauungen und Verhaltensweisen«

Rückkehr zur europäischen Geistes- und Verfassungstradition

Eine solche »Anknüpfung des Verfassungsgebers an Bestehendes« entscheide mit darüber, ob die Verfassung lebensfähig sei. Vor allem aber seien es gegenwarts- und zukunftsbezogene Aspekte, die das Gelingen einer Verfassung beeinflussten, so Uhle. »Denn um lebendig zu sein, genügt es nicht, dass eine Verfassung einmal in Kraft gesetzt worden ist. Vielmehr wird sie auf Dauer nur mit Leben erfüllt, wenn sie von den Bürgerinnen und Bürgern in Freiheit angenommen wird.« Eine zentrale »Gelingensbedingung« sei dabei die erleb- und nachvollziehbare »Erfüllung der dem Staat obliegenden Pflichten«, eine andere die Annahme der »verfassungsrechtlich verbürgten Freiheitsangebote« durch die Bürgerinnen und Bürger. Hier schloss der Festredner den Kreis zu den einleitenden Worten des Landtagspräsidenten, indem er ausführte, wie wichtig eine Kultur ist, die eine »dem Gemeinwohl dienende Freiheitsausübung anstößt«. Ohne diese Kultur, ob nun bei Berufs-, Eigentums-, Kunst- oder Meinungsfreiheit, könne eine freiheitliche Verfassungsordnung auf Dauer nicht gelingen und das sächsische Gemeinwesen nicht gedeihen.

Die Redebeiträge der Feierstunde erscheinen als Heft im Rahmen der FESTAKT-Reihe für Sie zum Nachlesen.



SONDERTHEMA

// Der Landtagskurier legt 2017 das Sonderthema »25 Jahre Sächsische Verfassung« auf, in dem aus verschiedenen Perspektiven das Verhältnis von Verfassung und Demokratie beleuchtet wird. Beiträge zur Verfassungsgebung und -funktion oder zum Wandel der Verfassung in Sachsen und in den ostdeutschen Ländern finden hier ebenso Platz wie Texte zur Rolle der deutschen Landesverfassungen in Europa. //

// Der Sächsische Landtag beschließt am 11. Juli 2013 mit großer Mehrheit die erste Änderung der Sächsischen Verfassung // Foto: R. Deutscher

Verfassungsänderungen in Sachsen – nur auf den ersten Blick ein

Sonderfall

Prof. Dr. Astrid Lorenz

Ein wichtiger Grund dafür, warum Menschen sich auf Regelbindungen einlassen, ist die Aussicht darauf, diese bei Bedarf ändern zu können. Vieles ist seit der Verabschiedung der sächsischen Verfassung vor 25 Jahren geschehen. Wie steht es also um Verfassungsänderungen?

Verfassungsänderungen als demokratischer Alltag

Obwohl Verfassungen für sich ewige Gültigkeit beanspruchen und oft nur durch qualifizierte Mehrheiten geändert werden können, gehören Verfassungsänderungen in Demokratien zum Alltag, besonders in Föderalstaaten mit vielen Parteien im Parlament. So wird das Grundgesetz im Durchschnitt jedes Jahr modifiziert – trotz der nötigen Zweidrittelmehrheiten im Bundestag und im Bundesrat. Danach folgen zentral organisierte Staaten, während Föderalstaaten mit Zweiparteienstruktur im Bundesparlament selten ihre Verfassung ändern. Auch



* Zum Nachlesen: Astrid Lorenz: Politische Institutionen: Die ostdeutschen Landesverfassungen als dynamische Integrationsstifter, in: Dies. (Hrsg.): Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften, Leverkusen 2011, S. 75–98; Werner Reutter: Sächsische Verfassungspolitik, in: Jahrbuch des Föderalismus 2014, Baden-Baden 2014, S. 255–268.

unterhalb der nationalen Ebene finden häufig Verfassungsänderungen statt – in den alten Bundesländern seit der deutschen Einheit durchschnittlich alle 3,2 Jahre. Mit den Verfassungsänderungen reagieren die politischen Akteure folglich auf veränderte Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Erwartungen oder korrigieren Fehler.

Auffallend wenig Verfassungsänderungen in Sachsen

Bei genauerer Betrachtung gibt es auch innerhalb der genannten Gruppen gewisse Unterschiede. Das zeigt sich beispielsweise bei den ostdeutschen Ländern, die alle dasselbe Änderungsverfahren – die Annahme mit zwei Dritteln der Abgeordneten – vorsehen (teils neben direktdemokratischen Varianten). In Brandenburg wurde die Verfassung sehr häufig geändert. Mit deutlichem Abstand folgen Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen. In Mecklenburg-Vorpommern und Brandenburg sieht heute mittlerweile beinahe ein Fünftel der Artikel nicht mehr so aus wie einst bei der Verabschiedung. In Sachsen wurde die Verfassung

Änderungshäufigkeit und -intensität der ostdeutschen Landesverfassungen im Vergleich

SONDERTHEMA

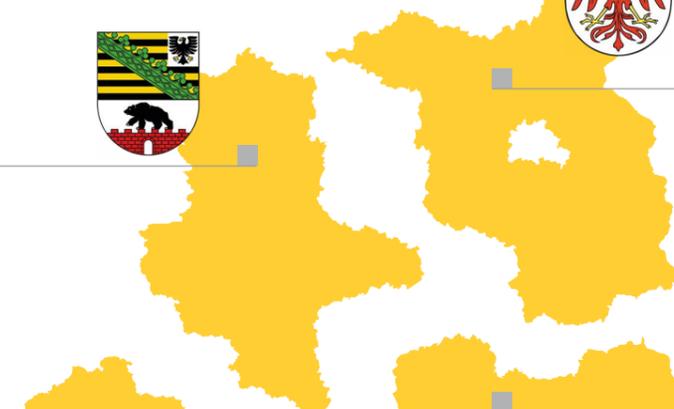
Mecklenburg-Vorpommern

- 1994
- 80
- 5
- 4,6
- 13
- 16,3



Sachsen-Anhalt

- 1992
- 101
- 2
- 12,5
- 14
- 13,9



Brandenburg

- 1992
- 117
- 8
- 3,1
- 19
- 16,2



Sachsen

- 1992
- 122
- 1
- 25
- 3
- 2,5



Thüringen

- 1994
- 106
- 4
- 5,8
- 6
- 5,7



■ Jahr des Inkrafttretens	■ Anzahl der Änderungsgesetze	■ Anzahl geänderter Artikel gesamt *
■ Artikel bei Inkrafttreten	■ Alle ... Jahre eine Änderung	■ Anteil geänderter Artikel in Prozent

* inklusive Ergänzungen; Mehrfachänderungen desselben Artikels sind nur einmal erfasst

Stand: 13. März 2017

mit einem Änderungsgesetz und drei geänderten Artikeln am wenigsten angetastet.

Parlament und Finanzen als typische Themen

Zwar zielten einige Verfassungsänderungen in den neuen Ländern auf Staatsziele: In Sachsen-Anhalt wurden Kinderrechte, in Mecklenburg-Vorpommern u. a. der Schutz älterer Menschen, von Menschen mit Behinderung und von Minderjährigen festgeschrieben. Die meisten Änderungen betrafen aber die Wahl des Parlaments, seine Funktionen und seine in-

terne Organisation. So wurde in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt die Legislaturperiode auf fünf Jahre verlängert. In Brandenburg ging es um die Wahl des Ministerpräsidenten bei einer gescheiterten Vertrauensfrage, um die Rekrutierung, Wiederwahl und Altersgrenzen von Verfassungsrichtern, um die Integration mit Berlin oder die Wahl des Datenschutzbeauftragten. In Sachsen-Anhalt wurden die Wahlfunktionen des Landtags und seines Präsidenten erweitert sowie das Fraktionsquorum und die Immunität der Abgeordneten neu geregelt. In Mecklenburg-Vorpommern kamen Regelungen

zum EU-Ausschuss des Parlaments hinzu und der Thüringer Landtag korrigierte die Diätenregelung, da die Berechnungsgrundlage zu unerwarteten Effekten geführt hatte. Auch die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen und die Einführung einer Schuldenbremse waren in drei von fünf Ländern Thema: in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen.

Beteiligungsrechte als weiterer Dauerbrenner

Darüber hinaus senkten alle ostdeutschen Länder außer Sachsen die Quoren der direktdemokratischen Verfahren (Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid), Sachsen-Anhalt und Brandenburg sogar mehrfach. Die nach 1990 eingeführten Hürden für die Nutzung plebiszitärer Elemente wurden in der Praxis oft als zu hoch interpretiert – gerade im Kontext schrumpfender Bevölkerungszahlen. Besonders die Vorgabe absoluter Zahlen an nötigen Unterstützern führte angesichts des demografischen Wandels



www.landtag.sachsen.de



// Ausfertigung der Verfassungsänderung durch Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler und Ministerpräsident Stanislaw Tillich //
Foto: S. Giersch

de facto zu einer Verschärfung der Auflagen. In Brandenburg wurde außerdem per Verfassungsänderung das aktive Wahlrecht auf 16 Jahre gesenkt. Das Land folgte damit einem Trend in SPD-regierten Ländern.

der jeweiligen Partei auch in anderen Ländern. Ebenfalls typisch ist, dass die einzige interfraktionell eingebrachte Initiative (von CDU, SPD, FDP und Grünen) tatsächlich angenommen wurde.

Ähnlichkeiten Sachsens beim Initiativverhalten

Initiativen für Verfassungsänderungen kommen typischerweise aus dem Parlament und dort von Oppositionsfraktionen. In dieser Hinsicht ist Sachsen kein Sonderfall. Von den 29 bis Ende 2013 eingebrachten Vorschlägen stammten 18 von der PDS/Die Linke, drei von Bündnis 90/Die Grünen und drei von der NPD; einer erging via Volksantrag. Hinzu kamen zwei Initiativen von der FDP und eine von der SPD – wohlgernekt in Zeiten, als diese nicht mitregierten. Die angesprochenen Themen entsprachen jeweils deutlich dem Aktivitätsprofil

Ähnlichkeiten auch bei den Inhalten

Ebenso entspricht der Inhalt dieser im Juli 2013 im Freistaat Sachsen beschlossenen Verfassungsänderung durchaus dem Muster der anderen Länder. Sie schrieb eine Schuldenbremse fest, verbunden mit der Verpflichtung des Staates, den sozialen Ausgleich bei der Aufstellung und Ausführung des Haushaltsplans zu berücksichtigen sowie den Kommunen die notwendigen Mittel für die Aufgabenerfüllung bereitzustellen. Anlass war die Einfügung der Schuldenbremse ins Grundgesetz. Da sie auf die Länder durchgriff, war eine Änderung der Landesverfassung nicht not-

wendig; andere Länder verzichteten darauf. Die Kombination aus Schuldenbremse, sozialem Ausgleich und ausreichenden Kommunalfinzen sollte aber offensichtlich den landespolitischen Konsens zur Ausgestaltung der Politik unterstreichen. Das Konnexitätsprinzip war im Grundgesetz schon 1998 gestärkt worden. Auch diese eigenständige Reaktion der Landesverfassungspolitik auf Bundestrends ist nicht untypisch.

Indes waren manche Verfassungsänderungen anderer Länder in Sachsen schlicht nicht nötig, weil die Entscheidungen schon bei der Verfassungsgebung getroffen worden waren (etwa für eine fünfjährige Legislaturperiode für das Parlament) oder ein Wandel unterhalb der Verfassungsebene vollzogen werden konnte. Auffällig ist daher insgesamt vor allem, dass die hohen Hürden für die Direktdemokratie nicht gesenkt wurden.

Künftiger Diskussionsbedarf

Wie sich zeigt, weicht Sachsen nur in Sachen Häufigkeit der Verfassungsänderungen und der Direktdemokratie stark von den anderen Ländern ab. Das Initiativ- und Annahmeverhalten und die Themen ähneln hingegen den anderen Ländern. Dies kann als Zeichen eines lebendigen Föderalismus gewertet werden, der nicht zu einer unformen »Normalität« führt, sondern Spielräume für individuelle Landespolitiken lässt.

Grundsätzlich ist zu überlegen, ob 25 Jahre nach der Verabschiedung der Sächsischen Verfassung von einer Debatte über die Ausgestaltung unserer Demokratie ein positives Signal ausgehen könnte. Im Landtag ist eine neue Generation Abgeordneter vertreten, die die Verfassung nicht selbst mitgestaltet und die ihre eigenen Vorstellungen von einer guten parlamentarischen Demokratie hat. In der Gesellschaft wachsen neue Ideen und manche propagieren anscheinend einfache Lösungen für komplexe Probleme. Der Bruch zwischen den Lebensbedingungen und Bedürfnissen der Stadtbevölkerung und denen der Menschen in ländlichen Kommunen wächst. Eine Verfassungsdebatte im Parlament könnte diese Stimmungen aufgreifen – verantwortlich und komplexitätsangemessen. Sie würde bewusst machen, was geteilte Werte und Erwartungen sind und wie der Interessenausgleich weiter gelingen kann.



Veranstaltungen für Jugendliche im Sächsischen Landtag

// Jedes Jahr finden im Sächsischen Landtag zahlreiche Veranstaltungen für Schülerinnen und Schüler statt. Hier haben sie die Möglichkeit, die Arbeit des Parlaments näher kennenzulernen, ihre rhetorischen und politischen Talente zu präsentieren oder sich mit aktuellen politischen Fragestellungen zu beschäftigen. //



Prof. Dr. Astrid Lorenz

Prof. Dr. Astrid Lorenz, geboren 1975 in Rostock, studierte an der Freien Universität Berlin Politikwissenschaft und Osteuropastudien. Für ihre Habilitationsschrift mit dem Titel »Verfassungsänderungen in etablierten Demokratien. Motivlagen und Aushandlungsmuster« erhielt sie 2009 den Wissenschaftspreis der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft. Seit 2011 ist sie Professorin für das Politische System der Bundesrepublik Deutschland/Politik in Europa an der Universität Leipzig. Zudem ist sie Vorsitzende des Sächsischen Kompetenzzentrums Landes- und Kommunalpolitik e. V.

Hans Leonhardt

Politik und Debatte wollen gelernt sein

// Im Sächsischen Landtag finden jedes Jahr Veranstaltungen statt, in denen die Jugend im Mittelpunkt steht. Sie bieten den Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, nicht nur ihre Talente vorzustellen, sondern auch ihr Landesparlament näher kennenzulernen. //

Jugendliche üben im Sächsischen Landtag das parlamentarische Handwerk

Der Sächsische Landtag ist ein Ort, an dem Demokratie greifbar wird. Hier entscheiden die Abgeordneten u. a. über Gesetze und Maßnahmen, die das Zusammenleben der Menschen im Freistaat regeln. Gleichzeitig ist er auch ein Ort, an dem Demokratie geübt werden kann. Denn natürlich ist unser freiheitliches System kein Selbstläufer. Es lebt von Diskussionen über gesellschaftliche Themen und davon, dass Kompromisse gefunden werden. Dazu gehört allerdings auch, dass man sich mit relevanten Themen beschäftigt und Interesse für Politik zeigt. Hier gilt es anzusetzen und vor allem Jugendliche und junge Erwachsene einzubinden.

Keine normale Sitzung

Der Plenarsaal war gut gefüllt, aufmerksam blickten die Anwesenden zum Rednerpult. Spätestens dort fiel auf, dass hier keine normale Sitzung des Sächsischen Landtags stattfand. Denn gleich zwei Redner standen an den Mikrofonen und präsentierten Vorschläge zum Schutz der Umwelt. Doch es waren nicht Abgeordnete, sondern Schüler, die sich hier am 24. März zum »Europäischen Jugendforum« des Informationsbüros des Europäischen Parlaments versammelt hatten. Vier sächsische Schulen nahmen an dieser Veranstaltung teil, in der es darum ging, drei



europäische Problemfelder zu bearbeiten. Vom digitalen Binnenmarkt über den nachhaltigen Umweltschutz bis hin zur Lebensmittelsicherheit erstreckten sich die Themen. Wie im tatsächlichen Parlamentsbetrieb wurden drei Ausschüsse gebildet, in denen die Schüler konkrete Vorhaben

erarbeiteten. Dabei handelte es sich vor allem um den Nutzen und die Umsetzbarkeit der Maßnahmen, denn schließlich warteten später im Plenum die kritischen Mitschüler. Es galt also, überzeugend zu argumentieren und Kritikpunkte zu entkräften. Dazu wurde in den Ausschüssen bereits kräftig diskutiert, denn



Fotos: S. Füssel

ständig fanden sich neue Lücken in den geplanten Vorhaben. Auch Finanzierungsfragen blieben unberücksichtigt, wobei allerdings in der Kürze der Zeit nicht alle Aspekte vollständig beleuchtet werden konnten.

Diskussion und Rhetorik beim Jugend-RedeForum

Im Sächsischen Landtag geschieht so etwas jedes Jahr: beim »Jugend-RedeForum«. Dabei debattieren Schüler aus ganz Mitteldeutschland über Themen, die sie erst unmittelbar vor Beginn erfahren. Bearbeitet werden dann die unterschiedlichsten Sachgebiete – von Bildung über Sicherheit bis hin zu kulturellen Fragen. Für viele ist dieser Wettbewerb Motivation und Ansporn, sich künftig intensiver mit gesellschaftlichen Fragen auseinanderzusetzen. Und genau das

braucht unsere heutige Gesellschaft: junge Menschen mit dem Willen und den Voraussetzungen dafür, etwas zu verändern.

Ähnlich läuft es beim Wettbewerb »Jugend debattiert«, den das Kultusministerium zusammen mit dem Landtag veranstaltet. Das Landesfinale, das am 22. März im Plenarsaal stattfand, bot Debatten auf höchstem Niveau. Andrea Dombois, Vizepräsidentin des Sächsischen Landtags, begrüßte die Jugendlichen und betonte die Wichtigkeit politischer Diskussionen, vor allem im Wahljahr 2017. Die Kultur des Debattierens müsse dabei immer erhalten bleiben, egal, wie gegensätzlich die Positionen auch seien. Keine selbstverständliche Forderung in Zeiten von Hate Speech und Co. Doch lösten die insgesamt acht Finalisten, jeweils vier aus den Sekundarstufen 1 und 2, diese Aufgabe mit Bravour. Zu vorgegebenen Themen gab es je zwei Redner für die Pro- und die Contra-Seite. Jede Seite brachte gute Argumente vor, ging allerdings auch auf die Gegenseite ein. So entstand eine Debatte, die sowohl fachlich als auch sprachlich beeindruckte und für die Zuschauer Stoff zum Nachdenken bot. Kultusministerin Brunhild Kurth lobte die Teilnehmer und stellte fest, dass das politische Interesse der Jugend wieder zugenommen habe. Dies sei auch ein Verdienst des Landtags, der politische Bildung vermittele.

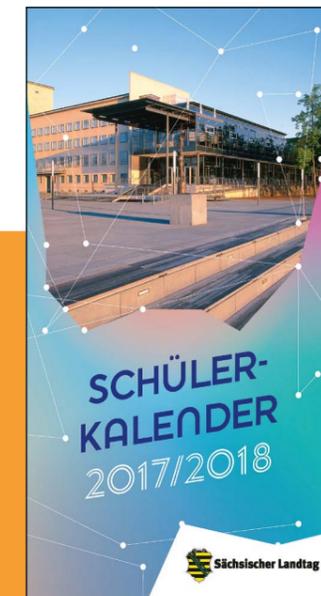
Mit Abgeordneten ins Gespräch kommen

Ganz wichtig bei alledem sind natürlich Gespräche mit Politikern. Sie helfen herauszufinden, wie bestimmte Entscheidungen zustande kommen und wie viel Arbeit Politik eigentlich macht. Deshalb gab es beim »Europäischen Jugendforum« im Anschluss an die interessanten Diskussionen im Plenum auch die Möglichkeit, mit Landtags- und Europaabgeordneten ins Gespräch zu kommen. Dabei wurden unterschiedliche Sichtweisen ausgetauscht, denn als Außenstehender hat man doch häufig einen ganz anderen Blickwinkel auf den Politikbetrieb. Natürlich kann man als Jugendlicher auch außerhalb solcher Veranstaltungen mit Abgeordneten des Sächsischen Landtags ins Gespräch kommen. Im Anschluss an Führungen durch das Gebäude besteht häufig die Möglichkeit, Abgeordnete mit Fragen zu löchern.

Und man kann selbst in die Rolle des Abgeordneten schlüpfen. So werden im Landtag regelmäßig Rollenspiele veranstaltet, bei denen Schüler als Politiker zweier Landtagsfraktionen versuchen, Gesetze zu verabschieden. Hier zeigt sich ganz oft, dass das ständige Ringen um politische Kompromisse gar nicht so einfach ist. Zudem wird im Plenarsaal diskutiert, sodass die Jugendlichen einen authentischen Einblick in die Arbeit der Abgeordneten erhalten. All diese Möglichkeiten zeigen, dass im Sächsischen Landtag vieles getan wird, damit auch junge Menschen ihr Interesse für Politik entdecken. Denn Politik geht alle etwas an – Jung und Alt.

Schülerkalender 2017/2018

- am Schuljahr von Sachsen ausgerichteter Kalender und Schuljahresplaner für Schülerinnen und Schüler
- enthält Erklärungen parlamentarischer Begriffe und weitere Informationen über den Sächsischen Landtag
- Vorbestellung möglich
- vorerst nur für Schülerinnen und Schüler sowie Institutionen aus Sachsen
- lieferbar ab Juni 2017



Veranstaltungen des Landtags für Jugendliche

- Jugend-RedeForum am 4.11.2017
- Jugendgeschichte am 23./24.11.2017
- Planspiele
- Landtagsbesuche

Graphic: © designed by freepik



// Stadt Thun im Berner Oberland // Foto: djama - fotolia.com

In Freundschaft verbunden

Der Grosse Rat des Kantons Bern und der Sächsische Landtag

Ivo Klatte

// Seit 1996 besteht zwischen den Parlamenten des Kantons Bern in der Schweiz und des Freistaates Sachsen eine Partnerschaft. Höhepunkte der Zusammenarbeit sind die alle zwei Jahre stattfindenden Delegationsbesuche, bei denen neben fachthematischen Gesprächen auch der sogenannte »Blick über den Tellerrand« der eigenen politischen Arbeit einen wesentlichen Bestandteil bildet. Unvergesslich ist aber auch die ganz konkrete Hilfe, die vonseiten der Berner dem Freistaat zuteilwurde. So überbrachte im Jahr 2010 der damalige Grossratspräsident Gerhard Fischer den Sachsen einen Scheck in Höhe von 100 000 Schweizer Franken für die Opfer der damaligen Hochwasserkatastrophe. //

// Besuch im KWO Grimselstrom



Vom 1. bis 4. Mai 2017 weilte auf Einladung der Berner Kollegen wiederum eine zehnköpfige Delegation, bestehend aus Abgeordneten aller Fraktionen, unter Leitung von Landtagspräsident Dr. Matthias Rößler im Kanton Bern. Regionaler Gastgeber war die Stadt Thun im Berner Oberland, deren Stadtpräsident Raphael Lanz die Gäste aus Sachsen im Rahmen eines Empfangs herzlich willkommen hieß.

»Energierategie 2050«

Inhaltlich startete das Besuchsprogramm mit einem »Thementag Energie«. Dabei stellte das Mitglied des Schweizer Ständerates (Zweite Kammer des Schweizer Nationalparlaments) Werner Luginbühl den sächsischen Abgeordneten die Schweizer Energiepolitik vor. Kernstück dieser Politik ist die »Energierategie 2050«, mit der die von der Schweiz im Rahmen des internationalen

Klimaabkommens übernommenen Verpflichtungen zur Reduktion des CO₂-Ausstoßes erreicht werden sollen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der vom Schweizer Bundesrat und Bundesparlament beschlossene schrittweise Ausstieg aus der Atomenergie. Zur Erreichung der ehrgeizigen Ziele setzt die Schweiz auf die Steigerung der Energieeffizienz sowie die verstärkte Nutzung der erneuerbaren Energien. In einer ersten Etappe sollen bis 2035 der Energieverbrauch pro Kopf um 43 Prozent und der Stromverbrauch um 13 Prozent gesenkt werden. Ein zentrales Problem der Schweizer Energiewirtschaft stellt derzeit die Tatsache dar, dass der aus dem Ausland importierte Strom aus Atomkraftwerken und fossilen Brennstoffen billiger ist als der einheimische aus erneuerbaren Energien erzeugte. Damit kollidiert der politisch gewollte Ausbau der Nutzung umweltfreundlicher Energiequellen mit dem Anspruch der Schweiz auf eine Unabhängigkeit vom internationalen Strommarkt sowie den ökonomischen Rahmenbedingungen.

durchschnittlich 2350 Gigawattstunden pro Jahr genug Strom für rund 1,2 Millionen Menschen produziert. Bei einem Vor-Ort-Termin in den Kraftwerken Handeck 1 bis 3 konnten sich die Abgeordneten des Sächsischen Landtags einen Eindruck von den Bemühungen um den Ausbau der erneuerbaren Energien verschaffen.

Integration von Ausländern als Chance

Als Gesprächspartner für das Thema »Integration von Ausländern: Chancen – Risiken – Herausforderungen« stand den sächsischen Abgeordneten mit Herrn Manuel Haas der Leiter der zuständigen Abteilung der Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern zur Verfügung. Er beschrieb anschaulich die Bemühungen des Kantons um die Integration der jährlich ca. 140 000 Zuwanderer nach dem Grundsatz von Fördern und Fordern. Gute Erfahrungen habe der Kanton dabei mit dem sogenannten »Berner Modell« gemacht. Dabei erfolgt die Betreuung der Zuwanderer grundsätzlich durch die zuständige Gemeinde in Form einer Erstinformation. Bei Bedarf folgt darauf eine vertiefte Beratung durch eine zentrale »Ansprechstelle Integration«. Sollte auch dies nicht ausreichend sein, steht als verbindlichste Maßnahme zur Integration eine zwischen dem Einwanderer und der Migrationsbehörde des Kantons abgeschlossene Integrationsvereinbarung mit genau definierten Rechten und Pflichten parat.



// Besuch bei der Rychiger AG



// Gespräch zum Thema »Integration« im Haus der Kantone Bern // Fotos: SLT/I. Klatte

Die Schweiz und die EU – derzeit ein kompliziertes Verhältnis

Die Gespräche der Abgeordneten zum Thema »Europäische Union« waren von der momentan schwierigen Situation zwischen der EU und dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz geprägt. Der Volksinitiative »Gegen Masseneinwanderung« war es 2014 gelungen, einen Artikel zur »Steuerung der Zuwanderung« in die Verfassung einzufügen. Dieser Passus ist jedoch nicht mit dem bilateralen Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU vereinbar. Da auch alle anderen bilateralen Verträge untrennbar mit diesem Abkommen verknüpft sind, würde eine Kündigung des Freizügigkeitsabkommens das Gesamtpaket der Beziehun-

gen zwischen der EU und der Schweiz zur Disposition stellen. Die derzeit dazu zwischen der EU und der Eidgenossenschaft laufenden Gespräche werden auch dadurch erschwert, dass die EU mit Blick auf die Austrittsverhandlungen mit Großbritannien keinen Präzedenzfall schaffen will.

Neben den intensiven fachpolitischen Gesprächen zwischen den Abgeordneten des Grossen Rates des Kantons Bern und des Sächsischen Landtags standen auch Besuche der Firma Rychiger AG, eines weltweit führenden Herstellers von Verpackungsmaschinen, und der Geigenbauschule in Brienz sowie ein Gedankenaustausch mit dem Geschäftsführer des größten Tourismusunternehmens des Kantons, der Jungfrauabahn Holding AG, auf dem Programm.





// Das Hotel Bellevue Mitte der 1920er-Jahre, im Hintergrund das Ständehaus. // Copyright: SLUB / Deutsche Fotothek / Hahn, Walter

Janosch Pastewka

»Mit Schriften und mit Zungen den Wagen aus dem Dreck zu ziehn«

Eine Fraktionsfeier im Jahre 1926

// Der Sächsische Landtag fördert zurzeit ein Forschungsprojekt der TU Dresden, in dem die Geschichte der sächsischen Landtage vom Mittelalter bis heute erforscht wird. Bei den Arbeiten kommen immer wieder interessante Quellen zum Vorschein. Der Landtagskurier stellt diese als Fundstücke aus der Geschichte der sächsischen Landtage vor. //

Dem sächsischen Landtag der Weimarer Republik haftet mit Blick auf seine Vorgänger der Nimbus des pragmatisch-nüchternen Arbeitsparlamentes an. Dass einige Abgeordnete hingegen auch in den 1920er-Jahren durchaus zu feiern wussten, zeigen eine Menükarte und ein Gedicht aus dem Nachlass des Abgeordneten Konrad Niethammer.

Für den 9. November 1926, also ausgerechnet für den achten Jahrestag der im zeitgenössischen Bürgertum ungeliebten Revolution in Deutschland, lud die sächsische Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei (DVP) – die Partei Gustav

Stresemanns – zu einem Abschiedessen in das Restaurant des Hotels Bellevue in Dresden. Das Hotel lag nur wenige Gehminuten entfernt vom damaligen Sitz des Landtags, dem sogenannten Ständehaus am Schlossplatz. Rund eine Woche zuvor hatten zum vierten Mal seit dem Ende des Ersten Weltkrieges Landtagswahlen stattgefunden. In der DVP-Fraktion kam es zu einem Generationswechsel. Unter den altgedienten Abgeordneten, die sich nicht wieder aufstellen ließen oder die nicht wiedergewählt wurden, befand sich auch der Papierfabrikant Konrad Niethammer.

Ein Festessen zum Abschluss

Niethammer wurde beauftragt, zum Abschluss der Legislaturperiode ein Festessen für die Fraktion im Bellevue zu organisieren. Noch einmal wollten die alten Parlamentarier, die sich zum größten Teil bereits aus der Zweiten Kammer des königlich-sächsischen Landtags kannten, in Dresden zusammenkommen. Der Landtag selbst veranstaltete derlei Feierlichkeiten inzwischen nicht mehr. Die Küchenleitung des Hotels hatte dem Abgeordneten einige Vorschläge gemacht, was aus diesem Anlass an Speisen und Getränken gereicht werden könnte. Die schweren Jahre der Weimarer Republik zwischen 1918 und 1923 waren offensichtlich vorbei, denn es fanden sich wieder erlesene Produkte auf den Speisekarten und wohl auch auf den Tellern der Gäste. Niethammer

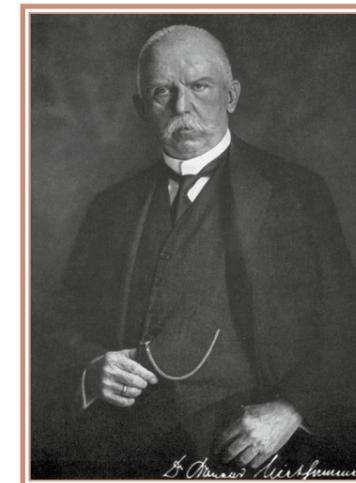
wählte für das Ereignis eine Menüfolge aus, die dem edel-schlichten Kochstil der Zeit folgte. Zunächst gab es einen Helgoländer Hummer, warm, mit geschlagener Butter und einem rosa Sekt aus dem Rheingau von der Sektkellerei Schultze-Grünlack zu 10 Reichsmark die Flasche plus 1,75 Mark Sektsteuer. Danach eine klare Ochsenschwefsuppe sowie einen 1922er Bernkastel-Kueser Weisenstein. Als Hauptgang reichte man Rehrücken mit verschiedenen Gemüsen, Salzkartoffeln und Preiselbeeren. Dazu gab es einen 1919er Medoc – kein besonders herausragender Jahrgang. Zum Nachtsch servierte man auf Niethammers Wunsch hin halbgefrorenes Fürst-Pückler-Eis sowie einen Feist Cabinet Hochgewächs, ebenfalls zuzüglich 1,75 Mark Sektsteuer. Abgerundet wurde das Menü mit einer Käseplatte sowie Mokka und Likören. Zigarren und andere

Rauchwaren waren von den Gästen selbst mitzubringen. Auf besonderen Wunsch hin gab es anschließend noch Pilsener Urquell aus dem Syphon. Insgesamt mussten die Teilnehmer elf Reichsmark für das Essen bezahlen, das entsprach in etwa dem Tageslohn eines Arbeiters. Es ist leider nicht überliefert, wie lange sich die Abgeordneten im Restaurant aufgehalten haben. Jedenfalls muss es sich um eine »schöne Abschiedsfeier« gehandelt haben, wenn man dem Freund Niethammers, dem Abgeordneten Gotthold Anders, Glauben schenken darf, der dafür bekannt war, gerne bis zum Morgen grauen mit Freunden zu feiern.

das allgemeine und gleiche Wahlrecht, eine Trennung von Kirche und Staat und eine Bildungsreform, sondern auch eine Beamten- und eine Gemeinde-reform, die den Anhängern der Volkspartei überhaupt nicht gefiel. Zudem machte man die Regierung des Ministerpräsidenten Erich Zeigner für die wirtschaftliche Misere der Anfangsjahre der Republik verantwortlich und vor allem für das Einschreiten der Reichsregierung und des Militärs, als sich Zeigner im Oktober 1923 zu lange geweigert hatte, die Kommunisten, die er in seine Regierung aufgenommen hatte, wieder hinauszuerwerfen. Damit war der Karren – aus Sicht der

Rechtsliberalen – in den Dreck gefahren worden.

Wenige Wochen nach der Reichsexekution hatte in Sachsen eine Große Koalition ihre Arbeit aufgenommen, an der neben dem koalitionsbereiten Flügel der Sozialdemokraten auch die DVP beteiligt war. Nun galt es aus Sicht der rechtsliberalen Fraktion, die Politik »positiv«, wie es in dem Gedicht heißt, auszurichten. Die bekanntesten Köpfe der sächsischen DVP waren neben Niethammer der Dresdner Oberbürgermeister Bernhard Blüher, der neue Kultusminister Fritz Kaiser und der Jurist und spätere Ministerpräsident Wilhelm Büniger. Allerdings wurde es in



// Dr. Konrad Niethammer um 1930. // Copyright: Papier aus Kriebstein, Darmstadt 1956, Bildteil.

Lyrischer Rück- und Ausblick

Im Nachlass des Abgeordneten Niethammer findet sich auch ein handschriftlich abgefasstes Gedicht, das er anlässlich des Festessens wohl vorgetragen hat. Ob es tatsächlich aus Niethammers Feder stammt, ist nicht zweifelsfrei festzustellen, auf jeden Fall wurde es auf seiner Schreibmaschine abgetippt. In dem kurzen Gedicht blickt der Abgeordnete der Volkspartei auf eine bewegte Legislaturperiode zurück, schaut aber auch recht hoffnungsfroh in die Zukunft. Nach der Selbstreflexion der ersten Strophe bläst der Autor in der zweiten Strophe noch einmal zum Angriff gegen den politischen Hauptgegner jener Jahre: die linken Sozialdemokraten. Der Karren, den die »Genossen« mit Stumpfsinn, Leichtsinn oder »Wahnesinn« in den Dreck gestoßen hätten, war nichts anderes als der Freistaat Sachsen. Denn von 1918 bis Ende 1923 hatten die Sozialdemokraten, und unter ihnen zunehmend der mit den Kommunisten sympathisierende linke Flügel, die Macht im Land. Sie setzten nicht nur einige grundlegende Reformen durch, wie

H
H

Im Strom der Zeiten fliegt dahin
 Des Volkes und dein Leben,
 Und ob für Deutschland es Gewinn,
 Was du ihm hast gegeben:
 Das weißt Du nicht, das siehst du nicht,
 Das wird sich erst erfüllen,
 Wenn vor der Zukunft Angesicht
 Die Dinge sich enthüllen.

Vier lange Jahre haben wir
 Gemüht uns und gerungen
 Mit Tinte, Feder und Papier,
 Mit Schriften und mit Zungen,
 Den Wagen aus dem Dreck zu ziehn,
 In den ihn die Genossen
 Mit Stumpfsinn, Leichtsinn, Wahnesinn
 Vorher hineingestoßen.

Im Lande zwar war man verschnupft
 ob der Koalition
 Und hat geschmäht und uns gerupft,
 Es war oft gar nicht ohne.
 Wir aber haben positiv
 Den ganzen Kram gefingert
 Mit dem dreifachen Komp'rativ
 Mit Blüher, Kaiser, Büniger.

Noch einmal laßt uns froh vereint
 Den vollen Becher schwingen:
 Obs regnet, ob die Sonne scheint,
 Wir wolln's zu Ende bringen,
 Das Freiheit, Recht und Einigkeit
 Im deutschen Land regiere
 Und unser Volk für alle Zeit
 Zur Höhe wieder führe.

H
H

Teilen der bürgerlichen Wählerschaft nicht gerne gesehen, dass die DVP mit der SPD eine Koalition einging. Daher war man in diesen Kreisen durchaus »verschnupft«, wie der Autor schreibt. Doch, so legt es das Gedicht nahe, die Abgeordneten der DVP hatten mit sich gerungen und in den Jahren seit der letzten Wahl (also auch schon während der sogenannten »Zeigner-Jahre«) »Mit Tinte, Feder und Papier, mit Schriften und mit Zungen« im Landtag versucht, konstruktive Arbeit zu leisten, was sich anhand der überlieferten Quellen durchaus belegen lässt.

In der letzten Strophe schließlich nahm der Autor Bezug auf die dritte Strophe des Deutschlandliedes, das seit 1922 auch offiziell die Nationalhymne der Weimarer Republik war. Im Gedicht fehlt jeder Bezug auf die Monarchie oder die »gute alte Zeit«. Offensichtlich hatten sich die Abgeordneten um Konrad Niethammer inzwischen im neuen System eingerichtet. Auch wenn ihnen die »Genossen« noch immer suspekt schienen, konnte man immerhin im Bellevue noch so gut feiern wie einst »zu Kaisers Zeiten«.

Ehrung in Niederösterreich



Foto: E. Reinberger

Landtagspräsident Dr. Matthias Röbler hat am 28. März 2017 in St. Pölten das »Goldene Komturkreuz mit dem Stern des Ehrenzeichens für Verdienste um das Bundesland Niederösterreich« erhalten. Die höchste Auszeichnung des österreichischen Bundeslandes nahm Dr. Röbler bei einer feierlichen Zeremonie im Millenniumssaal des Landhauses Niederösterreich von Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner entgegen. Gewürdigt werde das europäische Engagement Röblers und insbesondere seine Initiative zur Gründung des Forums Mitteleuropa beim Sächsischen Landtag, heißt es in der Begründung.

Öffentliche Buchvorstellung

Am 25. April 2017 stellte Dr. Carlonie Förster das Buch »Beamte, Politiker und Journalisten. Der Sächsische Landtag 1990–1994. Akteure und Erinnerung« im Sächsischen Landtag vor.



Aus dem Besucherdienst



Foto: SLT/Brade

Zum Geburtstag in den Plenarsaal! Das dachte sich Maria Nebel aus Dresden und lud am 28. April Freunde und Verwandte anlässlich ihres 70. Geburtstags zu einer Führung in den Sächsischen Landtag ein. Als Überraschungsgast überreichte die 1. Vizepräsidentin Andrea Dombois der Jubilarin einen Blumenstrauß. Wir wünschen nochmals alles Gute!



www.landtag.sachsen.de/de/service/publikationen/index.cshtml



www.landtag.sachsen.de/de/aktuelles/index.aspx



Der Sächsische Landtag auf Twitter:
twitter.com/sax_lt

Abs.: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden, PVSt. – AG, Entgelt bezahlt, F 13058

Plenarsitzungen des Sächsischen Landtags

21. – 22.06.2017
Beginn jeweils 10:00 Uhr

Weitere Plenarsitzungen finden wie folgt statt:
30. – 31.08.2017
27. – 28.09.2017
15. – 16.11.2017
13. – 14.12.2017

Der Sächsische Landtag überträgt die Plenarsitzungen live als Videostream auf der Internetseite www.landtag.sachsen.de.

Auch die Tagesordnungen, die Wortprotokolle und die Videoaufzeichnungen finden Sie in unserem Internetauftritt. Weiterhin werden die Aktuellen Debatten der Plenarsitzungen auch im Regionalfernsehen ausge-

strahlt. Nähere Informationen entnehmen Sie bitte dem Programm Ihres Senders. Im MDR-Radio werden die Landtagsdebatten zudem live und digital auf DAB+ auf dem Kanal MDR SACHSEN EXTRA übertragen.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.mdr.de.



Weitere Informationen des Sächsischen Landtags

Fraktionen
CDU
Tel. 0351 493-5555
DIE LINKE
Tel. 0351 493-5800
SPD
Tel. 0351 493-5700
AFD
Tel. 0351 493-4201
GRÜNE
Tel. 0351 493-4800

Publikationsbestellung und Leserbriefe
Sächsischer Landtag
Stabsstelle Presse und Öffentlichkeitsarbeit,
Protokoll, Besucherdienst
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden
Tel. 0351 493-5133
info@slt.sachsen.de
www.landtag.sachsen.de

Besucherdienst
Anmeldungen für die Besucherbetreuung und den Besuch von Plenarsitzungen erfolgen unter Tel. 0351 493-5131.

Bürgerfoyer
Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag von 10:00 bis 18:00 Uhr;
an Wochenenden und Feiertagen geschlossen.

CHIAVERI – Restaurant im Sächsischen Landtag
Öffnungszeiten:
täglich von 11:00 Uhr bis 23:00 Uhr
Tel. 0351 496-0399

Kein Zugang für elektronisch signierte sowie verschlüsselte elektronische Dokumente.

Eine elektronische Version des Landtagskuriers finden Sie unter www.landtag.sachsen.de/Aktuelles/Landtagskurier.

Die Beiträge der Gastautoren geben nicht zwangsläufig die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Publikation wird vom Sächsischen Landtag im Rahmen der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Die Abgabe erfolgt kostenfrei. Eine Verwendung für die eigene Öffentlichkeitsarbeit von Parteien, Fraktionen, Mandatsträgern oder Wahlbewerbern – insbesondere zum Zwecke der Wahlwerbung – ist unzulässig, ebenso die entgeltliche Weitergabe der Publikation.

Impressum Herausgeber: Sächsischer Landtag – Verfassungsorgan des Freistaates Sachsen, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden – Der Freistaat Sachsen wird in Angelegenheiten des Sächsischen Landtags durch dessen Präsidenten Dr. Matthias Röbler vertreten. | Redaktion: V. i. S. d. P.: Dr. Thomas Schubert, Sächsischer Landtag | Redakteur: Uwe Nösner, Sächsischer Landtag | Redaktionelle Mitarbeit: Anne-Marie Brade, Katja Ciesluk, Martina Findeisen, Thomas Gey, Falk Hentschel, Heiner Ridder (alle Sächsischer Landtag, Anschrift s. o.) | Textbearbeitung und Gestaltung: Ö GRAFIK, Wittenberger Straße 114 A, 01277 Dresden | Druck und Vertrieb: SDV Direct World GmbH, Tharandter Straße 23–35, 01159 Dresden | Redaktionsschluss: 19.5.2017
Gastautoren: Ivo Klatte, Sächsischer Landtag; Hans Leonhardt, Praktikant, Sächsischer Landtag; Prof. Dr. Astrid Lorenz, Universität Leipzig, Institut für Politikwissenschaft, 04107 Leipzig; Janosch Pastewka, TU Dresden, Philosophische Fakultät, Institut für Geschichte, Lehrstuhl für Sächsische Landesgeschichte, 01062 Dresden

Diese Veröffentlichung ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, auch die des Nachdruckes von Auszügen und der fotomechanischen Wiedergabe, sind dem Herausgeber vorbehalten.